Zeitschrift: Annuaire de l'Association suisse de science politique = Jahrbuch der

Schweizerischen Vereinigung für politische Wissenschaft

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Band: 3 (1963)

Artikel: Die Geschichtsbildenden Kräfte des 19. und 20. Jahrhunderts

Autor: Salis, J.R. von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-170612

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE GESCHICHTSBILDENDEN KRÄFTE DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

von

Prof. Dr. J. R. VON SALIS

Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich

Gegenstand dieser Untersuchung ist, diejenigen Kräfte aufzuspüren und sie zu beschreiben, die in der neuesten Geschichte, also im 19. und 20. Jahrhundert aufgetreten sind. Ein reiches Erfahrungsmaterial und eine vergleichende Analyse dieses Materials gestatten uns, das Vorhandensein von Kräften innerhalb der menschlichen Kollektivitäten festzustellen — von Kräften, die zur Entstehung und Ausbildung von geschichtlich bedeutungsvollen Erscheinungen geführt haben.

Der Gedankengang ist folgender: das geschichtliche Leben ist dem Gesetz der unaufhörlichen und unaufhaltsamen Veränderung unterworfen. Dieser Wandel der Dinge, sein Rhythmus, sein Gefälle, seine Artikulationen sind das eigentliche Objekt historischer Wahrheitsfindung. Doch machen wir gleichzeitig die Entdeckung, dass die geschichtlichen Erscheinungen auch nach Form, nach Stabilität, nach Dauer streben. Die in der Geschichte wirkenden Kräfte haben die Eigenschaft, sowohl das Vorhandene zu verändern als auch Strukturen hervorzubringen, die, einmal etabliert, dem Drang nach Veränderung Widerstand entgegensetzen. Wir sprechen dann von bewahrenden Kräften. Der geschichtliche Prozess muss als ein Kraftfeld verstanden werden, in dem die Ordnungsprinzipien — das Statische — sich mit mehr oder weniger Glück der Veränderung — der Dynamik — zu widersetzen trachten. Das ist es, was Jacob Burckhardt meinte, wenn er sagt, die Geschichte bringe Erscheinungen « von höchster momentaner Berechtigung hervor »: Gesellschaftsstrukturen, Lebensformen, eine Sitte, Nationen, Staaten, Kulturen, Religionen usw., dass aber der Geist weiter wühle, Veränderungen, Zerfall, Verwesung, Sturz herbeiführe, worauf neue Formen und Strukturen, ebenfalls von höchster momentaner Berechtigung, entstünden.

Es ist methodisch vertretbar, eine räumlich und zeitlich begrenzte historische Erscheinungswelt zum Gegenstand unserer Untersuchung zu machen. Eine gewisse Ähnlichkeit der Umwelt, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse bürgt dafür, dass das Typische mit besonderer Deutlichkeit hervortritt und daher mit einer grösseren Sicherheit erfasst werden kann, als wenn wir unsere Betrachtung auf grosse Zeiträume stützen und über mehrere Kulturkreise ausdehnen würden. Wir greifen für diese Studie einen kurzen Abschnitt der Weltgeschichte heraus: knapp anderthalb Jahrhunderte, vom Ende der Napoleonischen Herrschaft und dem Wiener Kongress bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges unseres Jahrhunderts. Wir werden mehrere vertikale Schnitte durch einen weltgeschichtlich überaus bewegten und wichtigen Zeitraum machen — einen Zeitraum, in dem sich das Antlitz der Welt schneller und radikaler verändert hat als in irgendeiner vorhergegangenen Periode der Menschheitsgeschichte. Natürlich sind solche Perioden weder nach rückwärts noch nach vorwärts je abgeschlossen, das Spätere hängt mit dem Früheren zusammen, nur die Veränderung und Wandlung lässt sich in ununterbrochener Reihe feststellen, desgleichen das Beharrliche und Verharrende. Der Forscher muss bei einer solchen Analyse auch das Fragwürdige, Unbequeme, Gefährliche der historischen Erscheinungen sachlich feststellen und einordnen, mit selbstverständlichem Verzicht auf polemische Absicht. So wie der Chemiker mit Gift- und Sprengstoffen, der Mediziner mit Infektionskrankheiten und Seuchen muss wissenschaftlich umgehen können, muss der Historiker mit Krisen, Revolutionen, Kriegen und den damit verbundenen Exzessen sich wissenschaftlich auseinandersetzen können.

Es ist jedoch nicht seine Sache, aus seinen Erkenntnissen Vorschriften für ein richtiges und kluges Verhalten, Heilmittel und Therapien abzuleiten. Die Gebrauchsanweisung für die Lehren der Geschichte ist noch nicht gefunden. Trotzdem kann er für das Gebiet, das man heute « Politische Wissenschaft » nennt, gewisse Hilfsdienste leisten. Er kann Einsichten in den Ablauf, vielleicht in die Gesetzlichkeit bestimmter Vorgänge liefern. Wenn man in der Wirtschaftsgeschichte von Wellenbewegungen und Zyklen sprechen kann, ist nicht einzusehen, warum man nicht auch in der politischen Geschichte solche langfristigen Wellenbewegungen und kurzfristigeren Zyklen feststellen könnte. Geschichte, Wirtschaft und Politik haben ja Teil am Naturgeschehen und sind von diesem nicht wesenhaft, sondern nur insofern verschieden, als der bewusste Wille, der kritische Verstand, die Entschlussfähigkeit des Menschen oder von Menschengruppen in den Ablauf eingreifen können. Die Feststellung von Gesetzmässigkeiten in der Geschichte findet allerdings eine unüberwindliche Schranke, indem nie zwei Erscheinungen oder Abläufe identisch sind mit andern Erscheinungen und Abläufen; sie können nur Analogien zu andern Erscheinungen und Abläufen aufweisen. Man kann diese Analogien bestenfalls als Varianten eines — als ideale Konstruktion verstandenen - Modells verstehen. Die Ursachenreihen, die zu einer bestimmten Wirkung führen, sind jedesmal anders, so dass auch die Wirkung nie die gleiche ist: es gibt nur ähnliche Ursachen und daher ähnliche Wirkungen.

Die Erscheinungen, die wir « geschichtsbildende Kräfte » nennen, sind durch Rückschluss feststellbar, nachdem wir eine grosse Anzahl von Tatbeständen gesammelt, klassifiziert und verglichen haben. Wenn wir von « Kraftströmen » und « Kraftfeldern » in der Geschichte sprechen, bedienen wir uns der physikalischen Wirklichkeit entlehnter Bilder, die das Auge nicht erblicken kann, aber deren Wirksamkeit im historischen Prozess erkennbar ist. Voraussetzung für die Bestimmung der geschichtsbildenden Kräfte ist eine Inventarisierung und Klassifizierung der politischen Begriffswelt, also der Leitworte und Leitbilder, die in der Politik auftreten. Beispielsweise liefert die Restaurationsperiode nach 1815 die Begriffe und Leitbilder, deren sich die bewahrenden oder konservativen Kräfte bedienen, die immer nach einer aufgewühlten Krisenzeit mit ihren Revolutionen, Kriegen, Neuerungen und Verlusten aktiv zu werden pflegen; es sind Ordnungskräfte, die heilend und wiederherstellend wirken wollen, indem sie die politischen Verhältnisse zur « Normalität » zurückzuführen trachten, wobei dann diese Vorstellung von Normalität historisch begründet und weltanschaulich gerechtfertigt wird. Solche Normalität wird als «legitim» ausgegeben. Restaurative Tendenzen sind aber eine der ständig wiederkehrenden Erscheinungen in der Geschichte, nicht nur in derjenigen des 19. und 20. Jahrhunderts (auch die Augusteische Politik war in ihrer Begründung, mehr noch als in ihrer Zielsetzung, restaurativ).

Aber diese Restaurationen können nie das einst Gewesene und durch eine Krise Veränderte rein wiederherstellen. Sie berufen sich jedoch auf die früheren Zustände als auf eine Norm. Was sie tun, ist nichts anderes als die Bemühung, die mittlerweile eingetretenen Veränderungen in das von früher her Bekannte und Gewohnte einzuordnen, beispielsweise die aus der Französischen Revolution hervorgegangene Rechtsordnung und die von Napoleon geschaffene Verwaltungsform in das wiederhergestellte Königtum der Bourbonen zu integrieren. Das bedeutete mitnichten die Rückkehr zu den Verhältnissen, wie sie vor 1789 in Frankreich bestanden hatten. Der « Reaktionär », der an die integrale Restauration glaubt, gibt sich einer Illusion hin. Nicht anders ist es eine Illusion der «fortschrittlichen» Parteien und ihrer Wortführer, wenn sie glauben, sie könnten tabula rasa mit der Vergangenheit machen und alles neu aufbauen. Sie pflegen stets das Vorhandensein älterer historischer Gesteinsschichten und das Weiterwirken altgewohnter Vorstellungen und Gepflogenheiten zu unterschätzen, denn die überdauernden Kräfte sind in der Ökonomie der Geschichte ebenfalls stark. Russland hat nach dem Aufbau des Sowjetstaates nie aufgehört, Russland zu sein, mit ganz bestimmten, leicht erkennbaren Kennzeichen russischen Wesens und russischer Auffassungen, die in der historischen Vergangenheit wurzeln.

Die Leitworte für die Bekämpfung und Überwindung der Metternich-Zeit lieferte in Europa das weltanschauliche Arsenal der Aufklärung und der Französischen Revolution, die nach Waterloo endgültig besiegt zu sein schien. Die bürgerlichen Liberalen schöpften aus dem Wortschatz der

Bürger- und Menschenrechte ihre politische und ökonomische Programmatik. Eine Variante dieser Begriffswelt war das sogenannte Nationalitätenprinzip, welches das Recht der Nationen stipulierte, aus eigenem Willen einen gemeinsamen und unabhängigen Staat zu gründen; seither haben sich in Europa Kleinstaaten auf Grund ihrer gemeinsamen Sprache und Kultur zu Nationalstaaten zusammengeschlossen und haben sich abhängige Nationen von Fremdherrschaft befreit. Einen weiteren Schritt taten die Demokraten und Radikalen in den verschiedenen Ländern Europas, als sie unter Berufung auf die Jakobiner die politische Gleichheit aller Bürger forderten; eine weitgehende Übereinstimmung der demokratisch-nationalen Leitbilder und Forderungen vereinte mehrere europäische Völker in der Revolution vom Februar und März 1848 — der einzigen, die eine wirklich «europäische» Revolution (jedoch ohne Grossbritannien und Russland) genannt zu werden verdient. Die Sozialisten entwickelten ihrerseits seit den 1830er Jahren eine neue Gesellschaftslehre mit ihren typischen Leitworten und Leitbildern, indem sie die ökonomische Gleichheit als Korrelat zur politischen Gleichheit forderten, den besitzenden Klassen den Kampf ansagten, das Proletariat zum Träger der Revolution erklärten, die kapitalistische Profitwirtschaft durch eine sozialistische Bedarfswirtschaft zu ersetzen sich anheischig machten.

Neben diese programmatische, dem politischen Kampf die Parolen liefernde Begriffswelt tritt der konkrete Strukturwandel des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens. Da ist einmal das Absterben der historischen Stände, die bis zur Französischen Revolution auf Grund des Feudalrechts, der Agrarwirtschaft, der Zunftordnung und des Merkantilismus eine ausserordentlich stabile soziale Schichtung gewährleistet hatten. An ihre Stelle traten infolge der Industrierevolution und auf Grund des neuen bürgerlichen Rechts die sozialen Klassen, die trotz der politischen Demokratie viel stärkere Spannungen und viel grössere wirtschaftliche Gegensätze in die moderne Gesellschaft hineintrugen, als sie die ständische Gesellschaft gekannt hatte. Ferner ist das Auftreten von politischen Parteien ein Kennzeichen des politischen und sozialen Strukturwandels, denn organisierte Parteien im modernen Sinn hat das « Ancien Régime » nicht gekannt. Sie erfüllen seit dem 19. Jahrhundert die doppelte Funktion als Pflanzstätten der politischen Willensbildung und als Kampfverbände zur Eroberung der Macht im Staate. Sie scheiden die mit politischen Rechten ausgestatteten Staatsbürger in mehrere programmatisch verschiedene und soziologisch gebundene Gruppen. Dieses Nebeneinander von miteinander rivalisierenden Parteien ist nur in solchen Staaten möglich, deren Rechtsordnung die nötigen Freiheiten gewährt und das Vorhandensein einer pluralistischen Kultur und Gesellschaft anerkennt. Die grosse Ähnlichkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Ländern Europas hat dazu geführt, dass trotz den nationalen Verschiedenheiten und Gegensätzen seit anderthalb Jahrhunderten die politische Begriffswelt, die Leitworte und Parteien grosse Ähnlichkeiten aufweisen; es gibt nicht nur eine sozialistische und eine kommunistische Internationale, sondern auch eine konservative, eine liberaldemokratische, eine christlich-soziale, eine faschistische Internationale. Damit ist auch das komplexe Gebilde der öffentlichen Meinung in den Kreis der Betrachtungen einbezogen, deren typischer Ausdruck bis ins erste Viertel des 20. Jahrhunderts die sogenannte Meinungspresse — eine Frucht des bürgerlichen Liberalismus — war. Die Massenmedien haben dann für die Bildung einer «konformen » öffentlichen Meinung beinahe unwiderstehliche und die individuelle Meinungsbildung allmählich erstickende Apparate geliefert. Endlich ist mit dem Auftreten von finanzstarken Interessengruppen mit Berufsverbänden, die von den Autoren als «Lobbies» und «Pressure Groups » bezeichnet werden, ein neues Element in die politischen Strukturen und Kampfmethoden eingetreten; es ist weder mit den sozialen Klassen noch mit den politischen Parteien durchaus identisch, sondern nur mit den von diesen Gruppen vertretenen Sonderinteressen.

Alle diese Erscheinungen gestatten eine Typisierung des geschichtlichen Geschehens in den letzten anderthalb Jahrhunderten. Grundsätzlich neu, weil abweichend von den Bürger- und Menschenrechten von 1789 und von den Leitworten und Verfahrensweisen der bürgerlichen Demokratie, ist seit der Oktoberrevolution von 1917 der russische Kommunismus.

Er hat auf Grund einer bestimmten Ideologie, Kampfmethode und Willensbildung einen neuen Typus einer internationalen Partei geschaffen, die nicht bloss, wie die historischen Parteien, um die Macht im bestehenden Staate ringt, sondern den Staat und die Gesellschaftsstruktur selbst grundlegend zu verändern trachtet. Als kleinbürgerlich-nationalistische Reaktion auf den Kommunismus sind der Faschismus und die mit ihm verwandten bürgerlich-autoritären Regimes zu verstehen, die Anleihen bei den kommunistischen Kampf- und Regierungsmethoden — Einparteistaat, totalitäre Gleichschaltung — gemacht haben. Dieses summarische Inventar der politischen und sozialen Begriffswelt und der typischen politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen, von denen manche, wenn auch keineswegs alle, im Sinne von Jacob Burckhardt « von höchster momentaner Berechtigung » waren, gestattet, das Vorhandensein und Wirken von ganz bestimmten geschichtsbildenden Kräften in den letzten anderthalb Jahrhunderten festzustellen. Was sie hervorbrachten, ist sehr komplex und wirkte als gleichzeitig vorhandene, aber nach verschiedenen Richtungen wirkende Kraftströme innerhalb eines riesigen Kraftfeldes. Diesen Spannungen sind die bekannten Krisen des 19. und 20. Jahrhunderts entsprungen. Niemals trifft auf diesen fast unentwirrbaren Prozess verschiedenartiger und gegensatzvoller historischer Vorgänge das alte Bild des Flusses zu, der sich in majestätischen Windungen durch die Landschaften der Jahrzehnte und Jahrhunderte wältz und für frühere Generationen den Ablauf der Geschichte versinnbildlichte.

Auf Grund des Gesagten habe ich sechs geschichtsbildende Kräfte für die uns beschäftigende Zeit und Umwelt festgestellt, die ich als Kapitelüberschriften hier folgen lasse:

- 1. Die Kraft der Demokratie, die zur Umbildung der Regierungsform, der Rechtsordnung und Gesellschaftsstruktur führt.
- 2. Die Kraft der kapitalistischen Wirtschaft oder des organisierten Gewinnstrebens, die mit der Hilfe der industriellen Technik zu einer beträchtlichen Steigerung der Gütererzeugung, des Handels und des Kredites führt.
- 3. Die staatenbildende Kraft der Nationen.
- 4. Die revolutionäre Kraft der sozialistischen Gesellschaftslehre, die sich auf die organisierten Massen stützt, verbunden mit der Industrialisierung und der raschen Bevölkerungsvermehrung in den Städten.
- 5. Die expansive Kraft des Imperialismus, verbunden mit den modernen Transportmitteln zu Lande und zur See, die zur Verwirklichung der Weltwirtschaft und zur Errichtung von Kolonialreichen führt.
- 6. Die politisch-ethischen Kräfte der modernen Menschheit, die verschiedene Ziele verfolgen: a) die Freiheit des Einzelnen und der Völker, b) den Rechtsschutz und die soziale Wohlfahrt, c) die Sicherheit vor Kriegen und die Organisierung des Friedens.

Zu 1. Mit besonderer Deutlichkeit wird im Werk Tocquevilles die Unwiderstehlichkeit der Entwicklung zur Demokratie dargestellt. Er hatte die Vorlesung Guizots im Winter 1829-1830 gehört, der verkündete, dass die gesamte Geschichte und insbesondere diejenige Frankreichs zum unfehlbaren Triumph der Mittelklassen führen werde. Die Julirevolution hatte den Beweis erbracht, dass die Restauration der historischen Gewalten unmöglich war. Weder sozial, noch politisch, noch religiös hatte der Legitimismus die Wiederherstellung der feudal-konservativen Auffassungen von Recht, Gesellschaft und Staat herbeiführen können. Die Julirevolution kündigte das Bündnis von Thron und Altar und gab den Weg zur Säkularisierung des Staates frei. Das besitzende Bürgertum als Träger der Julimonarchie glaubte indessen, auf seine Art die Demokratie verhindern zu können; es schützte seine privilegierte Stellung durch das Zensuswahlrecht. Sein Liberalismus ist antidemokratisch, seine Ideologen glauben, die Herrschaft der Mehrheit berge die Gefahr der Unterdrückung der Minderheiten in sich, die Freiheit müsse gegen die drohende Demokratie verteidigt werden. wie vordem gegen Königtum, Kirche und Feudalismus. Die Widerstände gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht waren in Europa zahlreich und stark, in Preussen ist das Dreiklassenwahlrecht erst mit der Monarchie 1918 abgeschafft worden. Der Triumph der Demokratie in der europäischen Revolution von 1848 war von kurzer Dauer; nur in Frankreich ist das im Februarsturm eingeführte allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht mehr abgeschafft worden. Die Schweiz von 1848 bildete ebenfalls eine Ausnahme, die andern europäischen Kleinstaaten folgten erst später.

Das Vorbild für die Demokratisierung von Gesellschaft und Staat lag jenseits des Ozeans, in Amerika, wo die Demokratie das Kind einer kolonialen

Gesellschaft und ihrer Befreiung von fremder Kolonialherrschaft war. Tocqueville hat in seiner Einleitung zu seinem Buch « De la Démocratie en Amérique » mit grosser Eindrücklichkeit den Demokratisierungsprozess als unwiderstehliche Kraft beschrieben. Von Amerika, sagt er, habe er seinen Blick auf Europa gerichtet, und hier habe er etwas Analoges zu dem Schauspiel erkannt, das sich in den Vereinigten Staaten seinen Blicken dargeboten habe: « Diese gleiche Demokratie », heisst es dort, « die in der amerikanischen Gesellschaft herrscht, schien mir in Europa in raschem Aufstieg zur Macht begriffen. » Er zeigt dann, wie die Ablösung des Feudalrechtes durch das Privateigentum, die Entwicklung von Handel und Industrie, die allgemeine Bildung, die Literatur und die Wissenschaft lauter egalitäre Elemente geschaffen und eine gesellschaftliche Nivellierung herbeigeführt hätten. Diese « unwiderstehliche Revolution » gehe in der ganzen Christenheit vor sich. Ihr Charakter einer historischen Kraft kommt in den Worten Tocquevilles zum Ausdruck, in denen er « die stufenweise Entwicklung der Gleichheit der Bedingungen » als ein « fait providentiel » bezeichnet, und in seinen (an die Beherrscher der Julimonarchie gerichteten) Fragen: «Wäre es weise, zu glauben, dass eine soziale Bewegung, die von so weit her kommt, durch die Anstrengungen einer Generation aufgehalten werden kann? Glaubt man, dass nach der Zerstörung des Feudalismus und dem Sieg über die Könige die Demokratie vor den Bürgern und den Reichen zurückweichen wird? Wird sie jetzt stillstehen, nachdem sie so stark und ihre Gegner so schwach geworden sind? » Tocqueville meint, es hiesse gegen Gott selbst kämpfen, wenn man gegen die Demokratie kämpfen wollte.

In der zweiten Auflage seines Buches, nach der Februarrevolution von 1848, hat Tocqueville in einem Satz seines Vorwortes auch seiner Sorge über die Zukunft der Demokratie in Frankreich Ausdruck gegeben. Er sagt: « Je nachdem wir die demokratische Freiheit oder die demokratische Tyrannei haben, wird das Schicksal der Welt verschieden sein, und man kann sagen, dass es heute von uns abhängt, ob die Republik überall aufgerichtet oder überall abgeschafft werden wird. » Vor der cäsaristischen Fehlentwicklung der Demokratie graute ihm, er hielt sie nicht für unmöglich. Tocquevilles Zeugnis möge hier als der Ausdruck einer Theorie von der Unwiderstehlichkeit der demokratischen Entwicklung in der ganzen Welt stehen. Historische und soziologische Analysen würden das Bild dieser Entwicklung nüancieren, teilweise modifizieren, sie würden die Widerstände, die Reaktionen, das Wirken der konservativen Kräfte, aber auch die Gefahren der Verbildung und der Pervertierung des Demokratisierungsprozesses deutlich machen, das Umschlagen in Massenphänomene zeigen, auf die die Tyrannis folgt, die sich ihrerseits eine plebiszitäre Rechtfertigung zu geben liebt, kurz, die Veränderungen soziologischer und politischer Art nachweisen können, die unter verschiedenen Umweltsbedingungen diese Entwicklung bis zum heutigen Tag durchgemacht hat und voraussichtlich weiter durchmachen wird. Die Kraft der Demokratie als

historisches Phänomen, das die Gesellschaft, die Staatsform und die Rechtsordnung umzubilden vermochte, ist jedoch offenkundig und nicht abzustreiten.

Zu 2. Jacob Burckhardt hat in seinen « Weltgeschichtlichen Betrachtungen » im « Erwerbssinn die Hauptkraft der jetzigen Kultur » erkannt. Sie postuliere eigentlich schon um des Verkehrs willen den Universalstaat, sagt er, « wogegen freilich in der Eigenart der einzelnen Völker und in ihrem Machtsinn auch ein starkes Gegengewicht tätig ist ». Dieser Erwerbssinn oder dieses Gewinnstreben, das in der kapitalistischen Profitwirtschaft seine Organisationsform und in Adam Smith und seiner Schule seine Theorie gefunden hat, erhielt in der industriellen Technik seinen mächtigsten Verbündeten. Die gütererzeugende Kraft des Kapitals wurde durch die modernen Produktionsmethoden vervielfältigt. Das moderne Kreditwesen übte eine stimulierende Wirkung aus. Röpke kommentiert diese Entwicklung in seinem Beitrag « Die Weltwirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert » mit den Worten: « Der allgemeine Zusammenhang der Entwicklung der Weltwirtschaft und der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation unserer Zeit ist offenkundig wechselseitiger Natur. Die eine ist ohne die andere nicht mehr vorstellbar. Das Bindeglied, das sie verknüpft, ist die zunehmende Technisierung, Mechanisierung und Rationalisierung der Produktion, die die internationale Weite der Absatzmärkte und die über die Welt verstreuten Produktionsstätten der industriellen Rohstoffe zur notwendigen Voraussetzung hat. » Es handelt sich also auch hier um die Manifestierung einer unwiderstehlichen Kraft und einer Entwicklung von weltweiten Ausmassen, die im Gewinnstreben des Menschen, in seiner Kapitalkraft, im freien Spiel von Angebot und Nachfrage, im Konkurrenzkampf des privaten Unternehmertums, dessen Eigentum den Schutz der Gesetze geniesst, ihren mächtigen Motor besitzt.

Ihre Organisationsform ist nicht denkbar ohne jenen Prozess der Demokratisierung, von dem die Rede war; die Ablösung der agrarkonservativen Feudalordnung und des zünftisch gebundenen Handwerks durch das allen gewährte Recht auf freie Verfügung über das Eigentum und über die Arbeitskraft der Menschen hat Kräfte entfesselt, die im Merkantilismus noch gebunden waren. Es ist daher auch ein anderer Menschentyp, ein unternehmungs- und risikofreudiges, seinem Gewinnstreben nachgehendes Bürgertum, das im Bunde mit der Rechtsordnung des liberalen Staates aus der sich vermehrenden Bevölkerung seine Arbeitskraft schöpft und den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktionsweise sich zunutze macht.

Der Erwerbssinn in seiner privatwirtschaftlich-kapitalistischen Form ist im Laufe dieses Prozesses, wie sich Jacob Burckhardt ausdrückt, « die Hauptkraft der jetzigen Kultur » geworden. Röpke braucht seinerseits den Ausdruck vom « Wachstum der Kräfte », wenn er sagt: « Die Geschichte der Weltwirtschaft im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte ist trotz

allen Schwankungen, die durch die Wechselfälle der Politik und der Wirtschaft verursacht sind, ein getreues Abbild des ununterbrochenen Wachstums der Kräfte, die die wirtschaftliche Verknüpfung der Völker zu einem notwendigen Element der durch Technik, Bevölkerungsvermehrung und Bedarfssteigerung bestimmten Gesamtenwicklung machen. »

Zu 3. Wer die staatenbildende Kraft der Nationen beweisen möchte, müsste die Geschichte Europas seit Napoleon schreiben. Ihre beiden Ouellen liegen in den Prinzipien der Französischen Revolution und in der deutschen Romantik. Mit seinem Königreich Italien, seinen Illyrischen Provinzen, seinem Grossherzogtum Warschau hat Napoleon dem Nationalbewusstsein in drei bedeutenden Nationen vorgearbeitet, und der Aufstand gegen ihn, die Befreiungskriege, haben die Saat des deutschen Nationalbewusstseins ausgestreut. Es ist bezeichnend, dass es vor allem nationale Bewegungen waren, die zuerst die restaurierten Bourbonen in Frankreich und dann Metternich in Österreich gestürzt haben. Ohne Zweifel ist das sogenannte Nationalitätenprinzip ein Teil des liberalen und demokratischen Gedankengutes, aus dem das Prinzip des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker abgeleitet worden ist. Die europäische Revolution von 1848 kannte die Trennung, ja die später eingetretene Feindschaft zwischen Nationalismus einerseits, Liberalismus und Demokratie andererseits, noch nicht; sie bildeten im Gegenteil einen mächtigen und einigen Strom.

Den verschiedenen Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts war die Eigenschaft gemeinsam, dass sie in den betreffenden Ländern Grundwellen erzeugten, die die Throne zu stürzen, die Fremdherrschaft zu beseitigen, die staatlichen Fesseln zu sprengen drohten. Mögen die Intellektuellen, die Dichter, der Mittelstand, aktive Minderheiten, wie z. B. im italienischen Risorgimento, aber auch in der 1848er Bewegung in Deutschland den Ausschlag gegeben haben, so lässt sich doch nicht leugnen, dass hier elementare. unwiderstehliche Kräfte am Werk waren. Nirgends so deutlich wie in der staatenbildenden Kraft der Nationen kommt die Bedeutung der Leitworte, der Symbole, Fahnen, Lieder, historischen Reminiszenzen zum Ausdruck. Palacky hat sie für das Tschechentum in Anspruch genommen, und es ist denkwürdig, dass, als 1848 die Deutschen Böhmens ihre Abgeordneten an die grossdeutsche Nationalversammlung nach Frankfurt entstandten, die Tschechen zum Protest den ersten Panslawistischen Kongress nach Prag einberiefen. Als die deutschen Historiker, Philologen und Archäologen mit heissem Herzen die nationale Vergangenheit, die Sprache, den Boden und die geschichtlichen Monumente als Beweismaterial für ihre Ansprüche auf ein geeintes Grossdeutschland zusammentrugen, warnte Ernest Renan in einem Brief an D. F. Strauss die Deutschen vor dieser Mobilisierung historischer Kräfte; denn, schrieb er seinem deutschen Kollegen: «Les Slaves s'y passionnent» — die Slawen ereifern sich dafür. Die Einigungskriege in Italien und Deutschland führten den Nationalstaat durch Gewalt herbei, und fortan sind der nationale Gedanke und die

nationale Politik nicht nur in diesen beiden Ländern mehr und mehr Verbündete der konservativen Mächte und der Armee geworden. Die Ideologie des Volkstums, der Rasse, der geschichtlichen Mythen, des vaterländischen Bodens, der nationalen Macht trennt sich im 20. Jahrhundert von ihrer liberalen und demokratischen Quelle, bis zur äussersten Pervertierung des nationalen Gedankens im Faschismus und Nationalsozialismus. Nichtsdestoweniger haben die Nationalitäten des Balkans und des Donauraums mit ihrer nationalen Ideologie alte Reiche, wie das Osmanische Reich und die Habsburger Monarchie, zu sprengen vermocht, und in der Russischen Revolution waren die Nationalitäten mit den Revolutionären im Bunde, als es sich darum handelte, das Zarentum zu stürzen. Die staatenbildende Kraft der Nationen als eine Erscheinung « sui generis » der neusten Geschichte zu leugnen, geht nicht wohl an, wenn man bedenkt, dass das 20. Jahrhundert die Vollendung der Nationalisierung der europäischen Staatenwelt erlebt und den Funken des Nationalismus in die Kolonialwelt Asiens und Afrikas geworfen hat.

Zu 4. Die revolutionäre Kraft der sozialistischen Gesellschaftslehre, die sich auf die organisierten Massen stützt, hat, in Verbindung mit der Industrialisierung und der raschen Bevölkerungsvermehrung in den Städten, mächtig dazu beigetragen, das Gesicht der Gesellschaft, der Wirtschaft, der staatlichen Gesetzgebung und sogar der modernen Staatenwelt mitzuformen. Wenn irgendeine, so ist die sozialistische Bewegung im Kraftfeld der politischen und sozialen Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts als eine gegenläufige Bewegung zum privatwirtschaftlichen Kapitalismus, desgleichen zum Nationalismus, aber als parallele und beschleunigende Erscheinung zur Demokratisierung der modernen Welt zu verstehen. Sie hat Krisenerscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft hervorgerufen, die sich lange der Intervention des Staates in den Wirtschaftsprozess widersetzte, und den bürgerlichen Idealismus und die Philanthropie mit der sozialen Frage konfrontiert. Es ist bezeichnend, dass es bürgerliche Theoretiker und Philanthropen waren, wie der Genfer Sismondi, der Engländer Owen und der französische Graf de Saint-Simon, die in der Restaurationszeit zum erstenmal die sozialen Folgen der Industrierevolution und der freien Konkurrenzwirtschaft beschrieben und Heilmittel dagegen empfohlen haben.

Die polemischen Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern der Lehre von Adam Smith, die im 19. Jahrhundert im sogenannten « Manchestertum » einen festen Stützpunkt besassen, und den sozialistischen Theoretikern verschiedener Richtung ist seither nicht abgebrochen, hat sich aber mehrmals stark modifiziert. Mir scheint, dass die Lehre primär war, und wenn sie Kräfte entfesselt hat, so nicht deshalb, weil aus dem Proletariat spontan der Sozialismus und seine Organisationsformen und Kampftruppen hervorgegangen sind, sondern weil die sozialistischen Lehrmeister dem Proletariat erst eine Doktrin gegeben und in ihm das Bewusstsein seiner

organisierten und fortschrittlichen Kraft geweckt haben. Wo spontane Aufstände der Arbeiter ausbrachen, wie in Lyon und in Uster, oder bei den Webern in Schlesien, waren sie insofern reaktionär, als sie gegen die Maschinen, in denen sie ihre Quälgeister erblickten, allerdings auch gegen die Besitzer der Maschinen Sturm liefen. Es bedurfte einer langen intellektuellen Erziehung der Arbeiter durch politische und gewerkschaftliche Führer, um jene davon abzuhalten, in der Technisierung und Industrialisierung des Produktionsprozesses den Feind zu erblicken, und sie davon zu überzeugen, dass das Industriesystem eine irreversible Erscheinung sei. Als den zu bekämpfenden Feind bezeichneten diese Lehrer die Besitzverhältnisse, die kapitalistische Wirtschaftsform und das Bürgertum als ihren Repräsentanten. Dazu traten philanthropische Strömungen, die darauf bedacht waren, das schlimme Los der Arbeiter zu lindern, ferner eine christliche Soziallehre, die in der ethischen Forderung gipfelt, die Arbeitskraft des Menschen dürfe nicht wie eine Handelsware, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen ist, betrachtet und gehandhabt werden. Man weiss, wie der dialektische Materialismus von Marx und Engels am Ende des 19. Jahrhunderts zu der weit verbreiteten und in ihrem Vorstellungsgehalt sehr wirksamen Lehre des kontinentaleuropäischen Sozialismus aufgestiegen ist.

Die revolutionäre Kraft des Sozialismus hat mit allen andern geschichtsbildenden Kräften gemein, dass sie erst im Augenblick, als sie sich organisierte und für ihre Sache kämpfte, konkret in Erscheinung treten konnte. Die Gründung im Jahre 1863 des Allgemeinen deutschen Arbeiterbundes durch Lassalle, im Jahre darauf die Gründung der Arbeiterinternationale in London, durch die die Sache des Proletariates auf eine internationale Ebene gestellt wurde, die Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Eisenach im Jahre 1869, die Pariser « Commune » im Jahre 1871, endlich der Kampf der Arbeitergewerkschaften um ihre gesetzliche Anerkennung, lassen die Bedeutung der sozialistischen Arbeiterbewegung als ein wichtiges Element im historischen Kraftfeld des 19. Jahrhunderts deutlich in Erscheinung treten. Eine bedeutsame Nebenwirkung hatte die soziale Frage, als zwei hervorragende konservative Staatsmänner, Disraeli in England und Bismarck in Deutschland, mit der liberalen Doktrin von der Nichtintervention des Staates brachen und durch ihre Sozialgesetzgebung bewirkten, dass in diesen beiden Ländern der revolutionären Bewegung der Wind aus den Segeln genommen wurde. Auf der andern Seite hat die Lehre von der Insurrektion und revolutionären Gewaltanwendung nie aufgehört, von einzelnen Theoretikern und Gruppen gepflegt zu werden: das ist der Fall in Sorels « Réflexions sur la violence », die den Verfasser dieser 1908 erschienen Schrift in einen Briefwechsel mit Lenin und Mussolini gebracht hat; Anhänger fand Sorel bei den französischen Anarcho-Syndikalisten. Diese wenigen Hinweise mögen genügen, ehe wir an die Einmündung dieses Kraftstromes in die Russische Revolution und an die Rezeption der marxistischen Lehre durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion

erinnern. Die am Kongress der Arbeiterinternationale in Bern im Februar 1919 eingetretene Spaltung zwischen dem Kommunismus leninistischer Prägung und dem demokratischen Sozialismus mittel- und westeuropäischer Auffassung hat die Einheit des internationalen Sozialismus zerstört. Aber als wirksam hat er sich bei der Durchführung einer tief in das Wirtschaftsleben eingreifenden Reformgesetzgebung in den meisten Industriestaaten erwiesen; der Wohlfahrtsstaat hat die Demokratie liberaler Observanz nicht wenig verändert. Auf der andern Seite hat der Sozialismus im Sowjetstaat und im Weltkommunismus Veränderungen durchgemacht, die seine Lehre von demokratischer Volksbefreiung ins Gegenteil verkehrten. Als einer der geschichtbildenden Kräfte gebührt dem Sozialismus ein bedeutender Platz in der Epoche, von der hier die Rede ist.

Zu 5. Die expansive Kraft des modernen Imperialismus ist so offenkundig und augenfällig, dass über sie kurz gesprochen werden kann. In dieser Erscheinung vermischen sich mehrere Ströme: der moderne Machtstaat als ein rational organisiertes Grossunternehmen, emotional getrieben vom Nationalismus und seinem Streben nach Grösse und Prestige, die Verwirklichung der Weltwirtschaft auf kapitalistischer Grundlage, das technisch getriebene und beschleunigte Verkehrsnetz zu Lande und zur See, ja selbst die grossräumige Demokratie, die, ihren menschenfreundlichen Ursprung vergessend, nicht nur den wirtschaftlichen Argumenten das Ohr leiht, die für die moderne Industriegesellschaft den Besitz von Rohstoff- und Lebensmittelquellen verlangen, sondern sich auch vom machtpolitischen und nationalen Prestigestandpunkt verführen lässt. Der alte Wirtschaftsliberalismus, vergessen wir es nicht, war keineswegs auf politische Expansion und Kolonialeroberung aus; die englischen Liberalen bezeichneten um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Kolonien als einen Mühlstein am Halse Britanniens; Gladstone bekämpfte den Kolonialismus aus sozialethischen Gründen, und die Kaufleute glaubten lange, wenn der Freihandel mit seinem Prinzip der offenen Tür von allen, auch von den Völkerschaften in Asien und Afrika, respektiert werde, könne sich der Staat von der finanziellen Last der Kolonialverwaltung befreien und das Spiel von Angebot und Nachfrage in einem System der globalen Arbeitsteilung ohne politische Druck- und Zwangsmittel unbehindert und zum Vorteil aller funktionieren.

Die Realität war anders, schon der Opiumkrieg gegen China hatte es gezeigt, und mit Disraeli begann die grosse Zeit des britischen Imperialismus — dieser Ausdruck ist englischen Ursprungs und bezeichnete die Doktrin und Politik, die von den 1870er Jahren an eine mächtige Ausdehnung des britischen Kolonialreichs einleitete und der Königin von England Titel und Krone einer Kaiserin von Indien eintrug. Die globale Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft konnte nicht ohne machtpolitische Eingriffe der europäischen Kolonialmächte — von der Jahrhundertwende an auch der Vereinigten Staaten und Japans — durchgesetzt werden. Ohne Steuerung durch die

grossen Geldverleiher, die Produktionsstätten und die Regierungen Europas war die Weltwirtschaft nicht zu verwirklichen. Wo die Türen sich nicht freiwillig öffneten, wurden sie mit Kanonenkugeln eingeschlagen. Gewaltanwendung und Druck waren auch nötig, um die « Offene Tür » in Indien, China und Japan zu erzwingen, denen die fremden Mächte ihren Zolltarif vorschrieben und ungleiche Verträge aufzwangen. Die Wache an der Verkehrs- und Lebensader des Suezkanals konnte nur durch die Errichtung eines «de facto»-Protektorates der Engländer in Ägypten verwirklicht werden. Frankreich mit der Kolonialpolitik von Jules Ferry ahmte von den 1880er Jahren an das britische Beispiel nach; ohne Expeditionstruppen, ohne die Fahne, ohne Gouverneure und Residenten waren weder Tunis, noch Indochina, noch Madagaskar, noch Marokko zur Raison zu bringen. Die spätgekommenen Nationalstaaten und Grossmächte Italien und Deutschland traten in die Spuren ihrer älteren Geschwister. Japan besiegte China und Russland, die Vereinigten Staaten raubten den Spaniern ihr Kolonialreich. Der weisse Mann hatte nach 1871 aufgehört, unter sich Krieg zu führen, er lenkte seine kriegerischen Energien, sein nationales Prestigebedürfnis und Machtstreben, seine Wirtschaftsexpansion nach den fernen Kontinenten und Inselgruppen ab, die er als eine « res nullius » in Besitz nahm oder denen er ihr Verhalten vorschrieb. Kein Zweifel, dass sich die Industriestaaten Europas ihrerseits für die Ernährung ihrer wachsenden Bevölkerung und für die Inganghaltung und Vergrösserung ihres industriellen Produktionsapparates in die wirtschaftliche Abhängigkeit von fremden Kontinenten und Völkern begeben haben; so lange sie dazu die Macht und die politische Entschlussfreiheit besassen, begegneten sie dieser Schwierigkeit, indem sie diese Kontinente und Völker in ihre eigene politische Abhängigkeit versetzten. So erscheint die Politik der Mächte vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zum Stillstand der Kolonialexpansion im 20, als das, was ein amerikanischer Historiker die « Diplomacy of imperialism » genannt hat. Aber es bleibt zu beachten, dass auch diese Erscheinung einer in den Völkern und Staaten immerzu schlummernden Kraft zu verdanken ist, die Lord Acton mit seiner Regel definierte: dass Macht sich unbegrenzt ausdehnen will und alle Hindernisse überwindet, bis ihr stärkere Kräfte entgegentreten.

Zu 6. Die politisch-ethischen Kräfte der modernen Menschheit sind wohl am schwersten zu definieren. Was die Menschheitsgeschichte betrifft, sind in ihrem Verlauf die amoralischen Kräfte überaus mächtig, aber die ethischen Kräfte fehlen in ihr nicht und manifestieren sich zuweilen überraschend wirksam. Der alte Gegensatz von Macht und Recht, von Politik und Ethik, bedürfte hier einer Erläuterung, die den Rahmen dieser Abhandlung sprengen würde. Gerhard Ritter hat unlängst in seiner Schrift « Vom sittlichen Problem de Macht » über dergleichen gehandelt, und kein Historiker wird ihm unrecht geben, wenn er vom « wesenhaft kämpferischen Charakter politischer Macht » spricht. Er weist darauf hin, dass im

Jahre 1516 nicht nur Machiavellis « Principe », sondern auch die « Utopia » des Thomas Morus und ein politisches Werk des Erasmus, die in einem extremen Gegensatz zur Staatsauffassung des Machiavelli stehen, erschienen sind. Ritter sagt: « Mit ebenderselben Einseitigkeit, mit der die Schrift des Italieners eine Ethik des politischen Kämpfertums entwickelt, stellen Erasmus und Morus das Ideal einer reinen Wohlfahrtspolitik heraus. » Nicht unrecht hat Ritter, wenn er von den Holländern und Schweizern sagt, dass sie in der Tradition des Erasmus eine andere Auffassung von Politik entwickelt hätten, als die auf den Regeln der Staatsraison beruhende, und sich dem Gebiete des Völkerrechtes mit Vorliebe zugewandt hätten. Man könnte dazu bemerken, dass die Kleinen und Schwachen für sich nichts als ihr Lebensrecht, in ihren staatlichen Beziehungen zu den Grossen nur das Völkerrecht auf ihrer Seite haben. Für Erasmus ist die Wahrung von Frieden und Gerechtigkeit die oberste Aufgabe des Staates; er sagt, der Mensch bedürfe der Aufklärung durch vernünftige Einsicht über seine wahren Interessen, dann werde er sich als friedlich und der Gerechtigkeit geneigt erweisen. Die Meinung des Humanisten, Tugend sei lehrbar, ist auch von den grossen französischen Moralisten geteilt worden. Und Thomas Morus hat in England und der Englisch sprechenden Welt immer eine geistige Nachkommenschaft gehabt, die seiner Lehre nachstrebte, der Staat müsse ausschliesslich auf Erwägungen rationaler Zweckmässigkeit aufgebaut sein. Diese geistesgeschichtlichen Andeutungen müssen genügen, wenn wir das Vorhandensein von Kräften geistig-politischen Kräften - im 19. und 20. Jahrhundert feststellen, die beispielsweise das Streben nach Freiheit für den Einzelnen und für die Völker als anffallend konstant erscheinen lassen. Der ganze Demokratisierungsprozess und das Freiheits- oder Unabhängigkeitsstreben der Nationen liesse sich, trotz der Vermischung mit materiellen Interessen und mit kämpferischen Machtstreben, ohne das Vorhandensein eines ethisch verwurzelten Freiheitsbedürfnisses kaum erklären. Auch das Gerechtigkeitsbedürfnis tritt immer wieder deutlich in Erscheinung; wohl fasst der Schwache die Gerechtigkeit als Schutz für sein freies Eigenleben auf, als Garantin seiner Sicherheit; die ständige Berufung auf die Normen des Völkerrechts ist gleichsam der Machiavellismus der Kleinstaaten. Aber auch innerhalb des Staates ist die Rechtssicherheit, die als Rechtsstaat organisierte Volksgemeinschaft ein wertvolles Gut, das die Völker zwar oft schlecht verteidigt, aber, wenn verloren, um so sehnsüchtiger wieder herbeigewünscht haben. Die Forderung nach Gerechtigkeit hat auch durchaus selbstlose Formen angenommen; man denke an die Antisklavereibewegung zu Beginn des 19. Jahrhunderts, ferner an den Kampf für soziale Gerechtigkeit zugunsten des Elendsproletariates, der Frauen, der Kinder, der Alten, der Invaliden, der Kranken, endlich an die tätige Sympathie für die griechischen, polnischen und andere Unabhängigkeitskämpfer. Der Wohlfahrtsgedanke eines Thomas Morus hat in der Sozialpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts Früchte getragen, das « Ius belli et pacis » des Hugo Grotius ist vom modernen

Völkerrecht weiterentwickelt worden. Die Menschenliebe und die humanitäre Gesinnung haben bei der Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und in der Genfer Konvention von 1864 die offizielle Sanktion der vertragschliessenden Staaten erhalten. Die berühmte Haager «Friedenskonferenz » von 1899 und die von ihr herausgebrachten Konventionen, von denen die sogenannte « Haager Landkriegsordnung » eine Kodifizierung der Kriegsregeln enthielt, bedeutet zwar ebensowenig wie die Genfer Konvention, dass man den Krieg als Mittel der Politik abschaffen konnte, wohl aber, dass eine Hilfsleistung an die Opfer des Krieges, ja sogar eine « Humanisierung des Krieges » auf dem Wege internationaler Vereinbarungen angestrebt worden ist. Aber auch der Gedanke der Friedenssicherung und der Organisierung des Friedens, ist nie ganz verlorengegangen, und er ist in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts besonders deutlich zu vernehmen gewesen. Die friedliche Streitschlichtung durch schiedsgerichtliches Verfahren, aber auch die sogenannte «kollektive Sicherheit» liegen dem Völkerbundsgedanken und dem Völkerbundspakt von 1919 zugrunde. Die Regierungen haben fortschreitend kollektive Staateninteressen anerkannt und sie in zahlreichen internationalen Konventionen geregelt. Zuweilen hat diese Intensivierung und Vermehrung völkerrechtlicher Bindungen im Dienste der internationalen Zuzammenarbeit und daher letzten Endes des Völkerfriedens die Merkmale geschichtsbildender Kraft hervorgebracht. Sie stellte jedenfalls eine Erscheinung von höchster momentaner Berechtigung dar. Das 20. Jahrhundert ist nicht am Ende dieser Versuche angelangt; die Skepsis, mit der sie beurteilt werden, könnte sehr wohl der Erkenntnis weichen, dass im Universalstaat, wenn es nach den Vernunft- und Tugendlehren der erasmischen Tradition ginge, und wenn Tugend und Vernunft lehrbar wären, die einzige Chance einer Errettung der Menschheit aus Furcht, Not, Krieg und Selbstvernichtung läge. Denn auch das Utopische wirkt als eine geschichtsbildende Kraft, wenngleich die daraus hervorgehenden Verwirklichungen nie der Utopie gerecht werden. Es wäre indessen vermessen, gerade den politisch-sittlichen Kräften der modernen Menschheit, obwohl sie nie aufgehört haben, sich da und dort zu regen, den Primat vor dem « wesenhaft kämpferischen Charakter der politischen Macht » einzuräumen. Was die Macht für besser, für sicherer, für aussichtsreicher hält, wird sie tun, also vielleicht sogar den Frieden aufrechterhalten.

Als wesentlich für die Erkenntnis der Natur der historisch-politischen Vorgänge wird die Lehre von der Pluralität und der Gleichzeitigkeit der geschichtsbildenden Kräfte festhalten, dass keine von ihnen isoliert vorkommt, noch ein Monopol für sich in Anspruch nehmen kann. Es wird nicht die Schlussfolgerung einer solchen Untersuchung sein können, dass eine der geschichtsbildenden Kräfte über die andern endgültig triumphieren wird. Gegenstand von neuen und zahlreichen Analysen wird es sein müssen, zu untersuchen, wie sich die verschiedenen, gleichzeitig auftretenden geschichtsbildenden Kräfte zueinander verhalten, wie sie aufeinander

einwirken, wo und wann sie einander bekämpfen und wie es in ihrem Kraftfeld zu schweren Spannungen, Krisen, Auseinandersetzungen, Revolutionen und Kriegen kommt. Man wird kaum fehlgehen, wenn man dabei voraussetzt, dass eine gewisse gegenseitige Durchdringung zu erkennen ist, indem Leitworte und Ideen, desgleichen konkrete Erscheinungen des historischen Lebens aus einer Bündelung verschiedener Kraftströme hervorgangen sind. Man macht auch beim Gegner Anleihen. Man entlehnt ihm, damit man ihn besser bekämpfen und die eigene Sache um so wirksamer vorantreiben kann, Programmpunkte, Schlagwörter, ja sogar Methoden und Strukturen. Dabei ist es unvermeidlich, dass man sich vom eigenen Ausgangspunkt entfernt; der Imperialismus der kapitalistischen Machtstaaten hat sich weit von den humanitären und freiheitlichen Ursprüngen der Demokratie entfernt, der Nationalismus hat seine demokratische Quelle zum Versiegen gebracht, der Kommunismus hat das Ideal der sozialistischen Volksbefreiung mindestens vorübergehend verleugnet, der Faschismus und Nationalsozialismus hat den nationalen Gedanken pervertiert usw. Dann gibt es auch Rückbildungen, auch Renaissancen, neue Besinnung auf die Ursprünge. Historisch wesentlich ist, dass verschiedenartige und untereinander verfeindete Kräfte Erscheinungen « von höchster momentaner Bedeutung » hervorbringen können, dass aber die Natur nie stillsteht, sondern eine Erosionswirkung ausübt, so dass das anscheinend Festgefügte zu bröckeln beginnt. Die Kraftströme der Geschichte, der Zyklus der geschichtlichen Jahreszeiten, das Frieren und das Auftauen, das Blühen und das Welken, die fetten und die mageren Kühe, die Höhen und die Tiefen, die Siege und die Rückschläge folgen einander in unaufhörlichem Wechsel. Aus der Ferne der Räume und der Zeiten gesehen, wandelt sich die Welt wie Wolkengestalten.